

Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff- und Umgegend

Postgeschäft Dresden 2640

Gebührt bis auf weiteres von Montag, Mittwoch u. Freitag nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei
Geldstelle 1 M., durch Postkasse zugestellt in der Stadt monatlich 1 M., auf dem Lande
2 M., durch die Post bezogen vierfach 1 M. mit Zollabzugspflicht. Alle Poststellen und Postämter sowie
andere Wirtschaften nehmen jederzeit Bezahlungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder
feindlicher Belästigungen hat die Zeitung keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Abzug des Bezugspreises.



Inseratenpreise: 1 M. für die 6 gebliebene Markspalte oder deren Teile, Reklamen, die 2 Spalten ausmachen, 2 M.
Bei Wiederholung und Jahresanfang entsprechender Preiszettel. Bekanntmachungen im amtlichen Zeitl. nur von
Wiederholung der 2 Spalten 1 M. Nachdruck-Gehalt: 1 M. Nachdrucknahme bei vereinbart
so wie für die Rückgabe der durch Journal übermittelten Rücksicht zu hinschreiben. Jeder Nachdruck
anspruch erfordert, wenn der Bezug durch Briefe eingezogen werden und über der Auftraggeber in Rücksicht gesetzt.

Erscheint seit

dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen.

Verleger und Drucker: Arthur Schunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Lässig, für den Inseratenteil: Arthur Schunke, beide in Wilsdruff.

81. Jahrgang. Nr. 268.

Sonnabend / Sonntag 30./31. Dezember 1922.

Amtlicher Teil.

Ablieferung der Steuerbücher und der Steuermarkenblätter für 1922.

Im Januar 1923 sind nach § 42 der Durchführungsbestimmungen zum Gesetz über die Einkommensteuer vom Arbeitlohn vom 11. Juli 1921 die **Steuerbücher** (Umschläge) mit den **Einlagebögen**, die im Kalenderjahr 1922 zum Einsieden und Entwerten der Steuermarken verwendet worden sind, im folgenden kurz **Steuermarkenblätter** genannt, bei den **Finanzämtern** abzuliefern.

Verpflichtet zur Ablieferung sind die einzelnen **Arbeitnehmer**, für die der Steuerabzug durch Verwendung von Steuermarken vorgenommen worden ist.

Die Ablieferung hat bei dem auf dem Steuerbuch für 1922 bezeichneten Finanzamt zu erfolgen. Es ist aber nachgelassen, daß die Ablieferung an das **Finanzamt** bewirkt wird, in dessen Bezirk der Arbeitnehmer zurzeit der Ablieferung wohnt.

Steuerbuch und Markenblätter können auch mit eingeschriebenem Brief durch die **Post** eingesandt werden. Umschläge hierzu werden mit den neuen Steuerbüchern ausgebändigt.

Neben die abgelieferten Steuerbücher und Steuermarkenblätter wird Quittung geleistet werden.

Hast sämtliche Gemeindebehörden des Finanzamtsbezirks haben sich bereit erklärt, die Steuerbücher der in ihrer Gemeinde wohnhaften Arbeitnehmer anzunehmen. Sie erzielen — auf besonderes Verlangen — eine vorläufige Quittung. Die betreffenden Gemeindebehörden werden dies noch in ortsüblicher Weise bekanntgeben.

Vor der Ablieferung haben die Arbeitnehmer auf ihrem **abzuliefernden Steuerbuch für 1922 die Wohnung anzugeben**, die sie am 10. Oktober 1922 innegehabt haben. Sie haben weiter darauf zu achten, daß die von Arbeitgebern beigebrachten Arbeitnehmern auf den Steuermarkenblättern zu machenden Angaben richtig und vollständig sind. Notfalls sind diese Angaben zu berichtigten oder zu vervollständigen.

Zulässig ist es auch, daß die Arbeitgeber die Steuerbücher und Steuermarkenblätter der Arbeitnehmer ihrer Betriebe sammeln und **gesammelt an das Finanzamt abliefern**. Arbeitgeber, die sich hierzu bereitfinden, sollen dies dem für ihre Betriebsstätte zuständigen **Finanzamt anzeigen**. Alles nähere hierüber werden die Arbeitgeber in den besonderen Veröffentlichungen des Landesfinanzamtes Dresden in den Verbandszeit-schriften ersehen können. Auch sind die Finanzämter zu Auskünften jederzeit bereit.

Nach § 42 der Durchführungsbestimmungen zum Gesetz über die Einkommensteuer vom Arbeitlohn vom 11. Juli 1921 sind die **Arbeitgeber verpflichtet, auf die**

Ablieferung der Steuermarkenblätter durch Anschlag in ihren Betrieben hinzuweisen.

Arbeitnehmer, die ihre Steuerbücher und Steuermarkenblätter nicht abliefern, laufen Gefahr, daß ihre 1922 verwendeten Steuermarken bei der Veranlagung für 1922 nicht berücksichtigt werden, daß sie also doppelte Steuerabzüge zahlen müssen. Auch legen sie sich die Möglichkeit der Bestrafung nach § 53a des Einkommensteuergesetzes aus. Schließlich sei darauf hingewiesen, daß die Ablieferung der Steuermarkenblätter nach § 202 der Reichsabgabenordnung erzwungen werden kann.

Weiter wird darauf hingewiesen, daß Anträge auf Gewährung von Erleichterungen für mittellose Angehörige und Erhöhung des Abgeltungsbetrags für nach § 13 Absatz 1 Nr. 1 bis 7 des Einkommensteuergesetzes zulässige Abzüge auf das Jahr 1923 unter Beifügung des Steuerbuches (1922) und Beibringung der erforderlichen Nachweise bis zum 31. Januar 1923 an das Finanzamt zu richten sind.

Finanzamt Nossen, am 29. Dezember 1922. (2261 A 1)

Gesetzliche Miete.

Ab 1. Januar 1923 treten laut Stadtratsbeschuß zu der **Grundmiete** gemäß Reichsmietgesetz folgende Zuschläge:

Zinsdienst 85 %, Betriebskosten 860 % einschließlich 2/3 für Verwaltungskosten, laufende Instandsetzungsarbeiten 1025 %, große Instandsetzungsarbeiten 80 %, so daß der Gesamtzuschlag 2000 % beträgt. Über die Zuschläge für Betriebskosten und laufende Instandsetzungsarbeiten wird beim Ministerium des Innern — Landeswohnungsamt — beantragt werden, daß sie nur als Berechnungsgeld gegeben werden sollen, worüber nach Schluss des Jahres abzurechnen ist. Näheres darüber wird noch bekanntgegeben. Die neue gesetzliche Miete ist von denjenigen, die nachträglich zahlen, erstmalig am 31. März 1923 zu zahlen. Sie wird auf einfache Weise dadurch errechnet, daß man die Grundmiete mit 21 vervielfacht. Im übrigen wird auf die Bekanntmachung vom 29. Sept. 1922 hingewiesen.

Gesetzliche Untermiete: Im Anschluß an die Bekanntmachung vom 28. Nov. 1922 wird weiter bekanntgegeben, daß ab 1. Januar 1923 für mittlere Zimmer das 25-fache des Friedenspreises zu zahlen ist. Darin ist nicht wie bisher die Vergütung für Bergabe der Wäsche eingeschlossen, sondern dafür kann ein besonderer angemessener Zuschlag erhoben werden.

Wilsdruff, am 30. Dezember 1922.

Der Stadtrat.

kleine Zeitung für eilige Leser.

* Die Reparationskommission hat wegen der ausgedehnten Holzfleißerungen Nachfrage durch Verzähnung verlangt.

* Nach den Äußerungen der Pariser Presse soll Poincaré seit entschlossen sein, das Aufgebot beziehen zu lassen.

* Bonar Law beschließt, in Paris einen Plan zwecks Verhinderung der Aktionen in der Sanktionspolitik vorzulegen.

* Die Konferenz von Vanuanne ist wegen des türkischen Wunsches nach Mosul, der von den Engländern abgelehnt wurde, in eine neue schwere Krise geraten.

* Auf dem altrussischen Rätekongreß wurde der Plan eines Bundes aller Sowjetrepubliken erörtert.

An der Jahreswende.

Ein Rück- und Ausblick.

Das Jahr der begrabenen Hoffnungen — diese Aussicht muß wohl dem Nachruf gegeben werden, den der jetzt hinter uns versintende Zeitabschnitt bei der Einreibung in die unüberholbare Schär seiner Vorfäder zu beanspruchen hat. Wohin wir blicken, wenn wir sein Wesen zu erfassen suchen — Enttäuschungen, nichts als Enttäuschungen! Hatten wir damals, als es galt, das Jahr 1922 aus der Taufe zu heben, gemeint, da es doch nicht mehr viel schaffen werden könnte hier in dieser abschrecklichen Welt, so durfte man höchstlich mit einem Vertrauen in die nächste Zukunft blicken; heute wissen wir, daß selbst dieses äußerst harte Nas von Optimismus grausam Lügen gestraft wurde. Die größten Anstrengungen, die gemacht wurden, um bei unseren früheren Feinden eine bessere Einsicht in die Natur der Dinge, in die unabänderlichkeit wirtschaftlicher, gesellschaftlicher und nationaler Zusammenhänge die Wege zu ebnen, sind wirkungslos verpufft, und so ist unsere Währung ins Nutzliche gekommen, daß selbst das russische und das österreichische Beispiel dagegen verblaßten.

Die damit verbundene furchtbare Erschütterung unseres gesamten Volkslebens gab diesem Jahr des Schredens und der Verleumdung das eigentliche Gepräge. Wir wurden Zeugen von Katastrophen wie der Errichtung Rathenaus, an der unrechte Burschen aus guter Familie beteiligt waren, aus der geordneten Dyna einer zweckvollen Erziehung herausgeschleudert durch den Wirbel der Zeit, der jeder Lüftung und Leitung zu Spotten scheint. In dem Gefolge dieser unfehligen Zeit eine wahre Sturmflut politischer Beidenchaften, die die kaum etwas verbliebenen Gemüter wieder bis in die tiefsten Tiefen anstrütteten und in einer Reihe von Schuhgeschäften ihren Niederschlag fanden. Der so viel reizähnliche, aber doch einzia ver-

numjige Gedanke eines hingebenden Zusammenwusses aller großen Parteien zur Abwehr der äußeren und zur Überwindung der inneren Gefahren wurde in den Hintergrund gedrangt. Daß das Reich damals nicht auseinanderfiel, war im Grunde nur der verantwortungsbewußten Ruhe weniger Männer an leitender Stelle zu danken. Mit der verfassungswährenden Bestätigung der Wahl des Reichspräsidenten bis in den Sommer 1924 hinein wurde, man mag sie vom parlamentarisch-politischen Standpunkt aus billigen oder verwerfen, infosieren wenigstens an der Spitze der Reichsleitung eine gewisse Stetigkeit gewährleistet, deren der Staat, wenn er seine Daseinsberechtigung erweisen will, ganz und gar nicht entraten kann. So war es wieder, als sich der Übergang von Witth zu Gunz vollzog. Er galt als das äußere Zeichen dafür, daß die bis dahin erfolgte Erfüllungspolitik gescheitert war und daß aus diesem Scheitern nunmehr auch nach außen hin die unvermeidlichen Folgerungen gezogen werden müssen. Die Hoffnung auf die Große Koalition, deren Verwirklichung in diesem kritischen Augenblick erster Ordnung von welten Kreisen gefordert wurde, zerstießte an dem Widerstand der um einen scharfen linken Flügel bereitstehenden Sozialdemokratie, die es vorzog, angesichts der herannahenden Wetterzeiten sich in die Opposition zurückzugeben, ohne um deswissens aber in Wreien dieselbe große Koalition preiszugeben. Damit ist ein neuer Riß in unser politisches Leben gekommen, und viele haben schon den inneren Kampf sich in dem bellengeswerten Gegensatz zwischen Bürgerblod auf der einen, Sozialdemokratie auf der anderen Seite zu spüren. Aukläre zu solcher Entwicklung sind auch in der Tat wiederholt hervorgegangen, besonders in Steuer- und Wirtschaftsfragen. Indessen auch Herr Gunz denkt nicht daran, die Gegenläufe zu verschärfen, wischen denen er den Weg zu finden hat, um nützliche Arbeit leisten zu können. Er ist ganz im Gegenteil ein Mann des Vermittlungs, des Ausgleichs, der Verhöhnung, und scheint auch befähigt zu sein, neue Mittel der Politik zu suchen, mit denen sich die undankbare Aufgabe vorwärtsbringen läßt, an der neben vielen anderen auch sein unmittelbarer Vorgänger gescheitert ist. Doch ist mit des Geschehens Mächtigen heute noch ungleich weniger ein ewiger Bund zu schließen als in früheren Tagen. Das politische Vorzeichen steht auf Sturm, am Morgen wie am Abend.

Begrabene Hoffnungen! Von Cannes über Rom nach London eine Linie der Erfolgslosigkeit, ein Feindschaftstag nach dem andern. Das unsterbliche Geschlecht der Neumal-Welten war natürlich immer rosig bei der Hand mit der Beschuldigung, unsere Regierung hätte die Sache wieder einmal falsch angefaßt; wenn sie so und so und nicht so und so operiert hätte, dann wäre es ihr unweigerlich gelungen, den harten Sinn unserer Gegner zu brechen. Andere Leute blieben an der ungleich beschiedenen

ren, vielleicht aber etwas würdigeren Ansicht fest, daß diese Männer überhaupt nicht überzeugt sein wollten, daß ihre Pläne ein für allemal unerschütterlich fehlten und daß, selbst wenn unsere Bevölkerung mit Engelsköpfen geredet hätten, sie mit dem gleichen negativen Erfolg hielten könnten wären. Eine Rücksicht, die sich nach und nach doch die Mehrheit in unserem Volk zu erobern scheint. Eine andere Erklärung für die Ablehnung jeder vernünftigen Reparationspolitik ist ja auch in der Tat nach dem bekannten Gutachten der Neutralen wie der Internationalen Bank- und Finanzschwundländer gar nicht mehr möglich; und wer noch immer an ihr zweifeln möchte, muß wohl durch die letzten Manöver des französischen Ministerpräsidenten vollends zu ihr bekehrt werden sein, der geradeaus seinen vorgezeichneten Weg geht und sich um keine Stimme kümmert, die ihm eines Befehls zu befehlen versucht. Gleichviel ob ein Mann wie Lloyd George ihn vor der ganzen Welt als selbstgefälligen Unruhestifter entlarvt, oder ob ihm von deutscher Seite faulische Lügen, brutale Reditsbrüche in Hülle und Fülle nachgetragen werden. Das ganze deutsche Rheinland steht auf wie ein Mann, als die sauberen französischen Würdeblätter neuere Pragung offenbar wurden. Poincaré aber operiert feierkräftig weiter davon los, nur das eine Ziel vor Augen, seine Garantien zu bekommen, und zieht Vergewaltigung an Vergewaltigung, sicher, daß seine irridige Macht ihm bald in den Arm fallen werde.

Und ist die ganze Trostlosigkeit unserer Lage unter der Wucht dieser Ereignisse immer vermindernd ins Bewußtsein gedrungen, und wir fühlen uns nun so ziemlich am Ende unserer Kraft angelangt. Der Staat weiß nicht mehr, wie er sein nacktes Leben noch fristen soll, und die Einzelwirtschaft wünskt, bei aller Siegerstand der Fabien, mit denen sie sich zu plagen hat, in den Augen. Die unausgelesenen Teuerungswellen schwimmen mit fort, was unseres Daseins Sinn und Halt, den gemeinsamen Leben in Staat und Gesellschaft Form und Ziel geben soll, und wir steuern so in immer rasenderer Fahrt dem vollendeten Chaos entgegen. Da kommt die Enteine und will, weil wir uns nicht genügend anstrengen zu Erfüllung der Verpflichtungen, uns noch ganz anders als bisher unter das Zoch eines „gelässigten Friedens“ dücken. Das Radheit Gunz rafft sich zu äußersten Anstrengungen zusammen, die die Lage noch gesättigt. Leider muß man sagen, daß die Erfahrungen des Jahres 1922 nicht weniger als ermutigend sind. Unser Schicksal scheint besiegt, wenigstens soweit es auf das im Augenblick allmächtige Frankreich ankommt. England, Amerika, sie geben wohl Zeichen ihrer schlechten Laune, und es kann gewiß kein Zweifel darüber bestehen, daß sie gern enough sein lassen möchten des grausamen Spiels, das sie selber, um Frankreichs willen, mit uns solange getrieben haben. Aber was im vergangenen Jahr vielleicht noch möglich gewesen